



KARL BLECHA
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II- 6319 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Zahl: 13 801/112-II/5/88

Anfragebeantwortungen;
schriftliche Anfrage der Abgeord-
neten Dr. Ettmayer, Kraft und
Kollegen, betreffend Zusammenlegung
der GP Steyr, Garsten und Klein-
raming (Nr. 3030/J)

2907 /AB
1989 -01- 04
zu 3030/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

Die von den Abgeordneten Dr. Ettmayer, Kraft und Kollegen
am 30. November 1988 an mich gerichtete Anfrage Nr. 3030/J-
NR/1988, betreffend Zusammenlegung der Gendarmeriedienst-
stellen Steyr, Garsten und Kleinraming, beantworte ich wie
folgt:

Zu Frage 1)

Die Auflassung des im Stadtgebiet von Steyr (Polizeibereich)
gelegenen Gendarmerieposten Steyr sowie die Verlegung des
Bezirks- und Abteilungskommandos Steyr nach Garsten ist
bereits grundsätzlich genehmigt.

Der bisherige Überwachungsrayon des Gendarmeriepostens Steyr
soll zu einem kleinen Teil dem Gendarmerieposten Sierning
und zum größten Teil dem Gendarmerieposten Kleinraming
zugewiesen werden.

Seitens des Landesgendarmeriekommandos für Oberösterreich
bestehen nun zusätzliche Bestrebungen, den doch eher kleinen
Gendarmerieposten Kleinraming mit dem benachbarten Gendar-
merieposten Garsten zusammenzulegen. Diese Maßnahme würde
von mir begrüßt werden, weil dann in Garsten eine besonders
effiziente Dienststelle bestehen würde. Zur Zusammenlegung
scheint mir aber das Einverständnis des Landeshauptmannes,
der betroffenen Gemeinden, der Bezirksverwaltungsbehörde
und der zuständigen Organe der Personalvertretung erforder-
lich. Ein solches Einverständnis liegt zur Zeit noch nicht
vor, weshalb bezüglich der Zusammenlegung des Gendarmerie-
postens Kleinraming mit dem Gendarmerieposten Garsten noch
keine konkreten Maßnahmen gesetzt werden konnten.

Unabhängig davon wurden aber bereits mit der grundsätzlichen Genehmigung der Verlegung der Gendarmeriedienststellen von Steyr nach Garsten im Jahre 1986 die erforderlichen Maßnahmen für eine neue Gendarmerieunterkunft in Garsten eingeleitet. Der Erwerb des Baugrundes ist für 1989 vorgesehen.

Desgleichen wäre auch der Abschluß der Planung 1989 möglich, wenn das erwähnte Einverständnis zur angeführten Postenzusammenlegung rasch erwirkt werden könnte und so der Projektumfang feststünde, damit ein konkretes Raum- und Funktionsprogramm erstellt werden kann.

Bis wann dann ein Neubau verwirklicht werden kann, hängt von den budgetären Möglichkeiten des für die Errichtung des Neubaus zuständigen Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten ab.

Zu Frage 2)

Da für die Errichtung des Neubaus die Zuständigkeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten besteht, fällt die Entscheidung zu dieser Frage auch in die Zuständigkeit dieses Ressorts. Ich würde eine rasche Verwirklichung des Neubaus begrüßen und jede vertretbare Lösung unterstützen.

30. Dezember 1988

Karl Blaskowitz